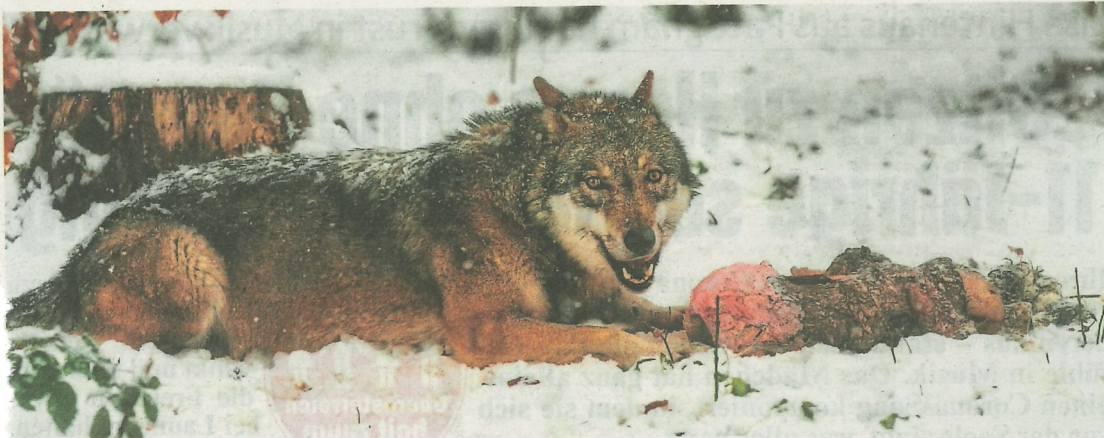




Auch „Problemwölfen“ (nicht diesem, der ist in einem Tierpark) droht ein schnellerer Tod

Oberösterreich plant „Entbürokratisierung“ für Abschüsse:

Leichtere Jagd auf „Problemtiere“

Das Land Oberösterreich plant eine Art „Entbürokratisierung“ des Jagdgesetzes: Durch eine spezielle Verordnungsermächtigung soll der Abschuss von „Problemtieren“ trotz grundsätzlichen Verbots bzw. in der Schonzeit auf kürzerem Weg als bisher ermöglicht werden.

Warum so eine Verordnungsermächtigung? „Weil die aktuell geltenden rechtlichen Bestimmungen es nur mit großer Zeitverzögerung ermöglichen, auf Probleme mit einzelnen Individuen einer Tierart zu reagieren. Das betrifft beispielsweise Rotwild, das eine Aufforstungsfläche schädigt oder Fischotter, die ganze Fischbestände in Bedrängnis bringen oder natürlich auch einen Wolf, der sich auf Nutztiere als Beute verlegt

und damit zum Problem wird“, heißt es aus dem Büro der zuständigen Landesrätin Michaela Langer-Weninger (ÖVP). Es soll damit „die Durchführung langwieriger, aufwendiger und kostenintensiver Behördenverfahren“ wegfallen, wie es im Entwurf für die Änderung im Jagdgesetz heißt.

Der Antrag ist ein gemeinsamer von ÖVP und FPÖ und steht morgen, Mittwoch, auf der Agenda des Landtagsausschusses für Stand-

ortentwicklung. In der Änderung eines zweiten Gesetzes soll der Strafraum für jemanden, der unbefugt fremde (landwirtschaftliche) Ställe betritt, verunreinigt oder beschädigt von 1000 auf 5000 € erhöht werden. pö

ANZEIGE

ein
guter
werberat

MARKEN
OHNE WERTE
HABEN KEINEN
WERT

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Österreichs Werbung verantwortungsbewusst als Meinungsmacher agiert.

Mehr zur ethischen Verantwortung von Werbung sowie zur Informationsfreiheit und Selbstbestimmung der KonsumentInnen auf der unabhängigen Plattform zur Selbstregulierung der Werbewirtschaft: werberat.at

mit freundlicher Unterstützung von

Kronen
Zeitung

Versicherungen gegen die Wetterextreme

Klima-Risiko

her Relevanz. Die hier zum Einsatz kommenden öffentlichen Mittel sichern langfristig unsere Eigenversorgung und den wirtschaftlichen Erfolg unserer Familienbetriebe ab. 2017 betrug die Versicherungsförderung durch das Land sechs Millionen Euro, sie hat sich seither also fast verdoppelt.

Auch bei der Investitionsförderung liegt ein Schwer-

punkt bei Maßnahmen mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz sowie bei besonders tierfreundlichen Stallbauten. Letztere werden gerade im Bereich Schweinemast, Putenmast und Abferkelsysteme in Zukunft mit 35 statt mit 25 Prozent gefördert. Für Jungbauern gibt es hier auch noch einen Zuschlag von weiteren fünf Prozent. pö

Antwort auf die SPÖ:

Energie AG hält Preise

Die SPÖ ist, wie berichtet, in Sorge, wie lange die mehrheitlich landeseigene Energie AG ihre Preisgarantie durchhält. Daher bekräftigt das Unternehmen: „Natürlich hält unsere Preisgarantie bis 1. 1. 2023 für Bestandskunden (Strom- und Erdgas-Standardprodukte, von der Garantie ausgenommen sind Privat-/Gewerbestrom FLOAT unter der Marke Energie AG Vertrieb). Wir haben vorausschauend die Strom- und Gasmengen für unsere Bestandskunden gesichert. Für neue Kunden gilt auch eine Preisgarantie – jeweils zu den Bedingungen zum Zeitpunkt des jeweiligen Vertragsabschlusses.“

DMB